

Wahrheit, nicht Bestrafung

Ein Kriegsverbrechertribunal soll die Ereignisse von 1971 aufarbeiten

Jalal Alamgir

Es ist schmerzhaft anzuerkennen, dass ein großer Teil der Welt die Ereignisse von 1971 vergessen hat, obwohl das Kriegsverbrechertribunal in den nächsten Monaten große Aufmerksamkeit bekommen wird. Man mag verstehen, warum dieses Jahr in den pakistanischen Schulbüchern nicht auftaucht. Doch der Völkermord, einer der schlimmsten in der Geschichte, erlangt selbst in westlichen Forschungseinrichtungen kaum Aufmerksamkeit. Die Ursachen für dieses Vergessen liegen vor allem in Bangladesch selbst begründet.

Kriegsverbrechen waren 1971 allgegenwärtig – das ist eine Tatsache. Überall im Land gefundene Massengräber, pakistanische Dokumente, Todeslisten einheimischer Kollaborateure sowie Berichte, Fotografien und Videomaterial von Journalisten sind eindeutige Beweise. Und nicht zuletzt gibt es auch noch die Augenzeugenberichte von Überlebenden. Doch erstaunlicherweise sind diese Verbrechen auch 40 Jahre später noch nicht gerichtlich aufgearbeitet. Die Täter bleiben unerkannt, oftmals geschützt durch obskure Interessen verschiedener politischer Kräfte im Land. Wer hat es getan? Wer ist verantwortlich für die Massaker? Wer hat die Täter im Nachhinein geschützt? Warum ist die Geschichte des Genozids noch immer so schwer fassbar?

In Bangladesch hat Opportunismus nach dem kollektiven Trauma von 1971 eine sich ständig vermehrende Ungerechtigkeit erzeugt. Den Anfang machte Indien mit der Rückführung pakistanischer Kriegsgefangener. An sich eine gängige Praxis, doch außergewöhnlich in einer Situation, in der zuvor ein Völkermord stattgefunden hatte. Bereits am 28. März 1971 sendete der US-amerikanische Diplomat Archer Blood ein Schreiben mit dem Titel „Selektiver Völkermord“ nach Washington. Er klagte: „Hier in Dhaka werden wir stumme und entsetzte Zeugen eines mit Terror regierenden pakistanischen Militärs.“ Obwohl die Nixon-Administration Pakistan unterstützte, beschreibt ein

anderer US-Offizieller dem *Time Magazine* die Situation im August 1971 mit klaren Worten: „Dies ist die unglaublichste, berechnendste Sache seit den Tagen, als die Nazis in Polen waren.“

Aufarbeitung der Verbrechen unerwünscht

Indien und Pakistan, beides Länder, die die UN-Völkermord-Konventionen ratifiziert haben, wären dazu verpflichtet gewesen, Kriegsverbrechen umfassend zu untersuchen. Optimisten erwarteten nach Kriegsende, dass die 195 Rädelsführer, die von der Regierung in Bangladesch als Kriegsverbrecher identifiziert wurden, ausgeliefert würden, um in Bangladesch vor Gericht gestellt zu werden. Doch Indien war darauf aus, die Vergangenheit hinter sich zu lassen. Zulfikar Ali Bhuttos [Anm. d. Red.: Damaliger Präsident Pakistans] Trumpfkarten waren die in Pakistan gestrandeten Bengalen und die guten Verbindungen zu China, der Arabischen Liga und den USA – allesamt Volksgruppen und Länder, die Bangladesch für sich gewinnen musste, um als Nationalstaat anerkannt zu werden. Ohne Erfahrungen auf dem internationalen Parkett und taumelnd infolge der Massenzerstörung, hatte Bangladesch damals nicht die nötigen diplomatischen Fähigkeiten, die Kriegsverbrechen angemessen zu thematisieren.

Aber unsere größten Versäumnisse seitdem liegen auf nationaler Ebene

und nicht auf der internationalen Bühne. 1982 veröffentlichte das Informationsministerium eine offizielle Geschichte des Unabhängigkeitskrieges. Doch bis heute existieren keine eindeutigen Berichte über die zweifelhaften Entscheidungen nach 1971, die zu Verhaftung, Freisprechung, Befreiung und zum Wiedereinsetzen von aus Bangladesch stammenden Kriegsverbrechern in politische Schlüsselpositionen geführt haben. Wenn der erste Rückschlag das Versäumnis war, pakistanische Kriegsverbrechen zu verurteilen, dann war es der zweite Rückschlag, dass bengalische Kollaborateure nicht zur Rechenschaft gezogen wurden. Viele Menschen, die unter Kriegsverbrechen gelitten haben, betrachten die von Sheikh Mujibur Rahman ausgesprochene Amnestie für Kriegskollaborateure als ungerechte Entscheidung. Sie war der erste Schritt in einer Spirale von Straflosigkeit, von der das Land heute noch gezeichnet ist.

General Ziaur Rahman verhalf mutmaßlichen Kriegsverbrechern der religiös-konservativen islamischen Partei *Jamaat-e-Islami* wieder auf die politische Bühne, indem er sie an seinen Wahlen teilnehmen lies. Zusätzliche politische Zugeständnisse durch General Ershad halfen der Partei, wieder zu einer einflussreichen politischen Macht zu werden. Es waren auch diese beiden politischen Führer, die islamische Symbole und Diskurse in die offizielle nationale Narration integrierten, die zuvor einen auf Religion basierenden Nationalis-

mus abgelehnt und dies mit eines Genozid bezahlt hatte.

Unverständliche Entscheidungen – zumal die Beweggründe der Bevölkerung nicht offen kommuniziert worden waren. Sollten die Millionen Menschen, die Familienmitglieder verloren hatten, einfach ihr normales Leben fortsetzen, während den Kollaborateuren außegerichtlich eine Amnestie erteilt wurde? Wie konnte Ziaur Rahman, einer der Helden des Unabhängigkeitskriegs, mit denjenigen gemeinsame Sache machen, die mit Kriegsverbrechen gegen seine eigenen Landsleute beschmutzt waren? Wie konnte die *Bangladesh Nationalist Party* (BNP), die für sich beansprucht, eine nationalistische Partei zu sein, Führungspositionen in Ministerien an diejenigen vergeben, die dem Land die Unabhängigkeit versagt hatten? Und wie konnte die *Awami League* ungestraft mit Jamaat-Politikern kooperieren, als sie Verbündete in den Bewegungen gegen Ershad und die BNP brauchte?

So waren die größten Sünden unserer Politik nach 1971 nicht die diktatorischen Entscheidungen der frühen politischen Führung des Landes, sondern die Entscheidung aller großen Parteien, mit den mutmaßlichen Kollaborateuren des Völkermordes zu kooperieren, wann immer es zweckdienlich war. Diese Zusammenarbeit gab den Kriegsverbrechern eine politische Legitimation, die kein Militärdiktator hätte bieten können. Bis heute kennen wir nicht alle Gründe, warum damals diese Entscheidungen getroffen wurden. Und so ist die Wahrheit das größte Opfer unserer Kriegsverbrecher-Politik. So gründet die Bevölkerung ihre Aussöhnung mit der Geschichte weiterhin auf Vermutungen, persönliche Neigungen und eine Vielzahl umstrittener Einzelinformationen. Das ist nicht genug. Wir müssen wissen; ich muss wissen.

Ausblendung der Vergangenheit

Als Professor komme ich oft mit Studenten in Kontakt, die ihre Schullauf-

bahn an englischsprachigen Schulen in Bangladesch durchlaufen haben, ohne auch nur eine einzige Fotografie der Gräueltaten von 1971 gesehen zu haben. Einige von ihnen haben solche Aufnahmen erstmals zu Gesicht bekommen, als wir im Jahr 2006 eine Fotoausstellung an der Harvard Universität organisiert haben. Ein Besucher berichtet, dass seine Schule in Dhaka verboten hatte, ein Theaterstück über die Unabhängigkeit aufzuführen, weil es beleidigende Wörter wie Razakar enthielt [Anm. d. Red.: Eine von der pakistanischen Armee gegründete paramilitärische Miliz aus pro-pakistanischen Bengalen und Biharis]. Dies ist mit Sicherheit kein Einzelfall gewesen.

Seit 1971 versuchen die Kollaborateure von damals, Erinnerungen zu löschen. Während der 1980er und der frühen 1990er Jahre wurde der Lehrplan an staatlichen Schulen geändert, um ihre Rolle herunter zu spielen. Wörter wie Razakar wurden gestrichen. Seitdem lernten Schulkinder, dass unsere Freiheitskämpfer einen abstrakten Gegner namens Hanadar Bahini [Anm. d. Red.: Zu Deutsch „angreifende Armee“] bekämpft haben. Es war beabsichtigt, diesen vermeintlich gesichtslosen Tätern keine nationale oder religiöse Identität zu geben. Erst im Dezember 2007 nahm die Übergangsregierung wieder die offizielle Geschichtsschreibung von 1982 in die Lehrbücher auf. Doch auch diese Geschichte ist nationalistisch geprägt: Sie glorifiziert die eine Seite und negiert die andere, ohne die unangenehmen Schattierungen in den Zwischenräumen zu analysieren.

Die Zeitzeugen der Massaker in unserem Land halten die Wahrheit über Kriegsverbrechen und die Täter für augenfällig. Sie ist es nicht. Einerseits ließen die zuvor beschriebenen Revisionen der Geschichtsschreibung durch nationalistische und islamistische politische Kräfte die Identitäten von Kriegsverbrechern verschwinden. Andererseits verhärtete sich die Haltung der „liberalen Modernisierer“, da sie sich von den verschiedenen Regierungen verra-

ten fühlten. Auch sie bestanden darauf, dass nur ihre Version der Geschichte legitim sei. Erst vor kurzem diskutierte ich auf einer Konferenz mit einem bangladeschischen Wissenschaftler, der sich darüber beschwerte, dass Pakistanis den Unabhängigkeitskrieg noch immer als Bürgerkrieg betrachten. „Nun ja, es war ein Bürgerkrieg“, entgegnete ich, „doch es war auch ein Sezessionskrieg, ein Krieg gegen Kolonialismus, ein Guerillakrieg und ein Befreiungskrieg.“ All diese Etiketten sind gleichzeitig zutreffend. Ließe man nur eine Definition als gültig zu, so würde dies unser Verständnis davon, was geschehen ist, limitieren. Er war bestürzt, dass ein Bangladeschi so etwas sagen konnte.

Genau darin liegt die Gefahr: Seit der Unabhängigkeit haben wir uns eine politisierte Sichtweise auf die Geschichte aufgebürdet, die uns dazu zwingt, ausschließlich die eine Sicht oder die andere zu akzeptieren. Für kritische Fragen sind wir nicht offen und so bleibt uns der Zugang zur vollständigen Geschichte von 1971 verschlossen. Wir werden zu Fanatikern: entweder durch Zustimmung oder Ablehnung. Wir müssen diesen Fanatismus hinter uns lassen und endlich mit einer reflektierten Suche nach der Wahrheit beginnen. Wenn in diesem Prozess Gegenstimmen aufkommen, dann sollten sie gleiches Gehör und gleiche Öffentlichkeit finden. Die dunklen Seiten von 1971 müssen mit Hilfe einer offenen Diskussion beleuchtet werden, einschließlich der Verbrechen gegen die Biharis.

In diesem Prozess werden auch Fragen über unsere Geschichte nach 1971 an die Oberfläche kommen. Die Regierung darf diese Fragen nicht unterdrücken, auch wenn dadurch Kindheitsfreundschaften auf die Probe gestellt, Geschäftsinteressen betroffen oder politische Koalitionen belastet werden. Aber aufgrund genau dieser Verflechtungen in den letzten 40 Jahren werden am Ende dieses Prozesses wohl nur wenige formal bestraft werden. Die pakistanischen Rädelsführer sind durch Verträge abgesichert,

Moritz Marbach



Schüler malen die Gräueltaten des Krieges von 1971

andere ausländische Unterstützer der Kriegsverbrechen sind außerhalb unserer Gerichtsbarkeit. Diese partielle Gerechtigkeit kann nur dadurch moralisch legitimiert werden, dass man sich dazu verpflichtet, die unzensurierte und ungeschönte Wahrheit zu erzählen.

Konfrontation der Täter

In Bezug auf das Kriegsverbrechertribunal möchte ich folgende Punkte anbringen: Wir sollten uns bewusst machen, dass Gerechtigkeit, aufgrund jahrzehntelanger komplexer, geheimer und interessengesteuerter politischer Vereinbarungen nur bedingt erreicht werden wird – obwohl diese notwendig und dringlich wäre.

Um der Wahrheit die höchste Priorität zu geben, sollten wir der Forderung nach der Todesstrafe wenig Aufmerksamkeit widmen. Dies war schon ein Fehler bei den Kriegsverbrecherprozessen in Nürnberg: Damals wurden Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch die Anwendung unmenschlicher Methoden, nämlich das Erhängen der für schuldig befundenen Angeklagten, bestraft. Der große Erfolg von Nürnberg liegt jedoch nicht in den Urteilen selbst, sondern in der Konfrontation der Täter im Gerichtssaal mit den Verbrechen, an denen sie beteiligt waren. Erstmals in unserer Geschichte haben auch wir nun ein offiziell eingerichtetes Forum, um die Berichte der Augenzeugen von

1971 anzuhören, ohne dass diese dabei Angst vor Vergeltung haben müssen. Die Regierung muss bestrebt sein, dafür eine weltweite Aufmerksamkeit zu bekommen.

Obwohl nur die nationalen bangladeschischen Kollaborateure vor Gericht stehen werden, sollte es unser Ziel sein, der Welt anhand eines offenen und fairen Prozesses zu zeigen, wer alles für den Völkermord verantwortlich ist, auch wenn viele der Täter außerhalb unserer Gerichtsbarkeit stehen. Eine neue Generation Pakistanis könnte dann eine andere Version ihrer Geschichte hören, als diejenige, die ihnen bisher erzählt wurde. US-Amerikaner könnten davon erfahren, welche unehrenhafte Rolle ihre damalige politische Führung gespielt hat.

Dies ist der Hauptgrund, warum die Verhandlungen durchgeführt werden müssen. Todesstrafen würden nur von dem Gerichtsverfahren ablenken und den Fokus auf das Urteil selbst richten. Sie würden Kontroversen entfachen und die nationale und internationale Akzeptanz des Tribunals enorm reduzieren. Wir dürfen uns diese einmalige Chance nicht verbauen. Die Identifizierung der Täter und ihrer Kollaborateure ist ein weitaus größerer Erfolg, als es eine reine Bestrafung sein kann. Das Tribunal könnte uns sogar dabei helfen, aus dem Strudel zweckdienlicher Partnerschaften und aus dem Ruf nach Vergeltung auszubrechen, der bis heute unsere politische Kultur prägt.

Übersetzt von Kai Fritze

Zum Autor

Jalal Alamgir ist Professor der Politikwissenschaft an der Universität von Massachusetts in Boston und Mitglied der Südasien-Initiative an der Harvard Universität sowie der Menschenrechtsorganisation *Drishtipat*. Der hier in einer gekürzten Fassung veröffentlichte Beitrag erschien erstmals im Juni 2010 im Forum-Magazin des *Daily Star*.